



Psychosoziales Zentrum für Migranten in Vorpommern

Im Kreisdiakonischen Werk Greifswald/Ostvorpommern e.V.

PSZ, Lange Straße 60, 17489 Greifswald

Greifswald, den 29.09.2011

Stellungnahme zum offenen Brief der Flüchtlinge der Gemeinschaftsunterkunft Jürgenstorf

Das Psychosoziale Zentrum für Migranten in Vorpommern (PSZ) erreichte Anfang dieser Woche ein offener Brief der HeimbewohnerInnen der Gemeinschaftsunterkunft für AsylbewerberInnen in Jürgenstorf bei Stavenhagen (früher Landkreis Demmin, heute Landkreis Mecklenburgische Seenplatte). In dem Brief wird eine Reihe von Missständen aufgelistet, die das Leben der Bewohnerinnen und Bewohner erschweren bzw. unerträglich werden lassen.

Eine Psychologin und eine Sozialberaterin des PSZ unterbreiten seit 7 Jahren ein regelmäßiges wöchentliches Beratungsangebot für Flüchtlinge mit psychischen Problemen in der Gemeinschaftsunterkunft Jürgenstorf. Auf der Grundlage der Erfahrungen dieser Arbeit begrüßen sie uneingeschränkt die Aktivitäten der HeimbewohnerInnen und deren Engagement im Einsatz für die Verbesserung der eigenen Wohn- und Lebenssituation.

Die Heimunterbringung in Jürgenstorf macht die BewohnerInnen vorübergehend oder nachhaltig krank bzw. schädigt deren Gesundheit. Die Gründe dafür sind ein Zusammenspiel unterschiedlicher Faktoren, wie z.B. einerseits die geografische Lage der Unterkunft aber auch andererseits die Gesetzeslage zur Unterbringung von AsylbewerberInnen.

Die abgeschiedene Lage der Unterkunft verhindert Kontakte zur einheimischen Bevölkerung und führt zur Isolation. Die seltenen Busse des ÖPNV sind für die meisten BewohnerInnen nicht erschwinglich.

Die Lage in der strukturschwachen Region um Stavenhagen (hohe Arbeitslosigkeit, Unzufriedenheit und Perspektivlosigkeit in der einheimischen Bevölkerung) führt zur Ablehnung der HeimbewohnerInnen durch die einheimische Bevölkerung. Daher gibt es dort kaum ehrenamtliches Engagement in der Flüchtlingshilfe.

Andere Heime, die in einer Stadt gelegen sind, profitieren von Bildungs- und Freizeitangeboten, die durch Ehrenamtliche, kleine Projekte und Vereine unterbreitet werden - ganz abgesehen von

der Möglichkeit, die vor Ort vorhandenen Angebote wahrzunehmen und sich dort zu integrieren. Nur in extrem seltenen Ausnahmefällen kann es gelingen, dass ein Heimbewohner sich in einen der Jürgenstorfer Vereine (Reit- und Fahrverein oder SV Traktor Jürgenstorf) integrieren kann.

Die Freizeitgestaltung, speziell in einer derart unsicheren Lebenssituation wie die mehrjährige Wartezeit auf einen festen Aufenthaltstitel, ist von existentieller Wichtigkeit. Aus einer extremen Problemsituation auszubrechen und daraufhin einen neuen Lebensplan entwerfen zu müssen ist eine ungeheure Herausforderung, der wohl nur wenige Menschen gewachsen sind. Die meisten benötigen dabei intensive Hilfe. Ein erster Schritt ist die Stabilisierung. Dafür ist es unerlässlich, ein als lebenswert empfundenenes Umfeld zu schaffen. Dies ist in Jürgenstorf nicht der Fall. Die Unterbringung in der Gemeinschaftsunterkunft ist weit davon entfernt, ein angenehmes Umfeld zu sein. Die HeimbewohnerInnen haben diese Art des Wohnens nicht selbst gewählt und im Gegensatz zu den Einheimischen haben sie sich nicht selbst dazu entschlossen, in der Abgeschlossenheit der ländlichen Region zu leben, besitzen kein Haus mit eigenem Garten oder haben kein Auto und auch kein soziales Netzwerk, das es ihnen ermöglicht, bestimmte materielle Defizite zu kompensieren. Im Gegenteil, sie müssen sich in einer fremden Umgebung, die sehr verschieden von ihrer bisherigen Lebenswirklichkeit ist, zurecht finden.

Freiwillige Migration bringt bereits verschiedene Schwierigkeiten mit sich, aber Flucht ist unfreiwillige Migration, die diese Schwierigkeiten noch verschärft und zusätzliche Probleme aufwirft. In diesem Zusammenhang ist es nicht ungewöhnlich, an einer Depression zu erkranken. Die meisten Flüchtlinge sind außerdem durch ihre Fluchtgründe oder durch die Fluchtumstände mehr oder weniger schwer belastet. Alle haben psychische Probleme und benötigen Unterstützung bei der Verarbeitung des Erlebten. Viele sind traumatisiert.

Es gibt nur eine Allgemeinärztin in Jürgenstorf. Das bedeutet, dass die HeimbewohnerInnen keine freie Arztwahl haben, da es ihnen nur sehr erschwert möglich ist, andere Ärzte aufzusuchen. Die Ärztin in Jürgenstorf ist überlastet und kann die PatientInnen nicht angemessen behandeln bzw. beraten.

Die Möglichkeiten, Psychotherapeuten im Landkreis aufzusuchen, sind sehr begrenzt. Grundsätzlich ist es mit längerem Suchen verbunden, eine passende Therapeutin oder einen passenden Therapeuten für die aktuelle Situation des Patienten zu finden. Wenn diese Suche weiteren Einschränkungen, wie eine Sprachbarriere oder interkulturelle Konflikte, unterliegt, kann es leicht unmöglich werden, im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte einen geeigneten Therapieplatz zu bekommen. Auch die Dolmetscher-Situation ist äußerst beklagenswert. Es ist mit großem organisatorischen und finanziellen Aufwand verbunden, eine passende Therapie

beginnen zu können. Dies ist den allermeisten Flüchtlingen in der Gemeinschaftsunterkunft Jürgenstorf schlicht nicht möglich.

Besonders für persisch-sprachige PatientInnen gibt es die nächsten Therapiemöglichkeiten erst in Greifswald, Rostock oder Hamburg. Dafür müssen die Flüchtlinge aber den Landkreis verlassen bzw. die Fahrtkosten- und Therapiekostenübernahme beim Sozialamt beantragen. Dies wird meistens grundsätzlich abgelehnt, manchmal mit abstrusen Begründungen. Ein Beispiel war die ungeheuerliche Behauptung, dass einer Patientin schließlich die Möglichkeit eingeräumt werden würde, die 14-jährige Tochter als Dolmetscherin zu der Psychotherapie der kranken Mutter mitzunehmen. Dem Sozialamt sei ja bekannt, dass die Tochter bereits sehr gut deutsch spräche.

Aber auch für Flüchtlinge, die zwar erschöpft aber gesund in Jürgenstorf eintreffen, ist die Wohnsituation derart belastend, dass sie innerhalb von kurzer Zeit erkranken. Wir haben in unserer Beratungsarbeit viele Fälle von KlientInnen, bei denen wir eine deutliche Verschlechterung des Gesundheitszustandes mit verfolgen konnten. Zunächst trafen sie hoch motiviert im Heim ein. In unseren ersten Beratungsgesprächen ging es um Fragen wie: Welche Möglichkeiten zum Deutschlernen gibt es? Welche Möglichkeiten zum Arbeiten gibt es? Welche Möglichkeiten für den Schulbesuch der Kinder gibt es? Welche Freizeitgestaltungsmöglichkeiten gibt es? Alle Antworten waren wenig motivierend. Die gesetzliche Lage bzw. die vorhandenen Möglichkeiten erlauben es einfach nicht, den natürlichen Bedürfnissen nach Bildung, Erholung oder sonstiger sinnvoller Betätigung nachzugehen. Einige Monate später drehen sich die Beratungsgespräche dann eher um Fragen wie: Zu welchem Arzt kann ich mit meinen ewigen Bauchschmerzen gehen? Warum habe ich immer Kopfschmerzen? Warum habe ich keinen Appetit mehr? Warum weint mein Kind immer? Warum habe ich noch keine deutschen Freunde gefunden? Der Blick der KlientInnen wird stumpfer, Mutlosigkeit und Resignation sind die vorherrschenden Gefühle. Nach einigen weiteren Monaten kommen weniger Fragen, dafür mehr Beschwerden. Meist verfallen die KlientInnen in Depressionen oder weisen psychosomatische Beschwerden auf. Es gibt fast niemanden, der keine psychologische Unterstützung benötigt. Lethargie bestimmt den Alltag und die Reizschwelle ist sehr niedrig. Es kommt zu Streit im Heim und Verzweiflung bei unseren KlientInnen.

Das Leben in einer Stadt kann viele Widrigkeiten durch vorhandene Angebote, Netzwerke und damit wachsende Kontakte zu Unterstützern kompensieren.

Wir begrüßen das Engagement der Flüchtlinge aus Jürgenstorf uneingeschränkt und unterstützen sie in ihrer Forderung nach der Schließung des Heimes in Jürgenstorf.